

„Politik muss handeln – auch wenn es keinen Big Bang gibt“

Jochen Petin sieht die Bausparkassen erheblich unter Druck / Handlungsbedarf auch wegen der Interessen der Kunden

Karlsruhe. Gute Zeiten – schwierige Zeiten. Nach der Finanzkrise florierte das Geschäft der Bausparkassen. Heute trifft sie vor allem die Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) mit voller Wucht. Jochen Petin (53) ist in diesem Jahr der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Baden-Württembergischer Bausparkassen. BNN-Redakteur Dirk Neubauer unterhielt sich mit Petin, der auch Chef der Deutschen Bausparkasse Badenia ist, über die Herausforderungen für die Branche.

Die Bausparkassen stehen von vielen Seiten unter Druck, auch von Verbraucherschützern. Die Zeitschrift „Finanztest“ hat nur drei von 20 Anbietern die Schulnote „gut“ gegeben.

Petin: Wir sind uns mit den Verbraucherschützern einig, dass eine gute Beratungsqualität wichtig ist und greifen gerechtfertigte Kritik schon aus eigenem Interesse auf. Aber das, was eine Zeitschrift wie „Finanztest“ als idealtypisch betrachtet, muss nicht deckungsgleich mit dem sein, was ein Kunde oder eine Bausparkasse darunter versteht. Und: Ein Testbericht, in dem stünde, dass alles klasse sei, wäre ja auch langweilig. Klar ist, dass daher pointierte Bewertungen zustande kommen...

...die auch nicht jedem Vermittler gefallen.

Petin: Tatsache ist doch: Ein Vermittler berät nicht einen Kunden und sagt: „Das war's dann.“ Er lebt von zufriedenen Kunden, die mit ihm weiter zusammenarbeiten wollen und die ihn auch weiterempfehlen. Ein Vermittler ist also an einer guten Beratungsqualität interessiert.

Unter Druck geraten sind Bausparkassen auch durch Altverträge mit bis zu vier Prozent Guthabenzinsen. Sie kündigen daher Kunden, die vorgesehene Darlehen nicht nutzen oder die vereinbarte Sparsumme bereits überschritten haben.

Petin: Wenn man das den Kunden erklärt, verstehen die meisten das auch. Sie sagen: „Es kann nicht sein, dass in diesen Zeiten keiner mehr Zinsen bezahlt, ich aber von der Bausparkasse vier Prozent erhalte.“

Ein Imageproblem dürfte dennoch entstehen, denn die Kündigungen sorgen auch für Schlagzeilen. Müssen die Kündigungen also sein, wenn man den Imageverlust mit den betriebswirtschaftlichen Aspekten abwägt?

Petin: Das ist natürlich ein Spannungsfeld. Aber es ist weniger als ein Prozent der Verträge betroffen. Die mediale Wahrnehmung ist also eine andere als die tatsächliche Praxis. Betriebswirt-

schaftlich sind Kündigungen nötig, und wir bewegen uns dabei auch auf juristisch sicherem Boden.

Ihre Branche beruft sich dabei unter anderem auf den Paragraphen 489 des Bürgerlichen Gesetzbuches, wonach Darlehensverträge vom Kunden nach zehn Jahren gekündigt werden dürfen und dies auch für die Bausparkassen gelte. Befürchten Sie Klagen in höheren Instanzen?

Petin: Was heißt befürchten? Die Wahrscheinlichkeit, dass es die Instanzen hoch geht, ist groß. Die Institute haben ihr Vorgehen natürlich vorab rechtlich geprüft und sich für das jeweilige Vorgehen entschieden. Ich verstehe nur nicht, wenn Verbraucherschützer sagen, bisher lägen ja „nur“ Landgerichtsurteile vor, weil die ihnen nicht passen. Da sage ich, das ist ein seltsamer Blick auf die Justiz.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsauf-

sicht versteht den Handlungsbedarf. Nur mit ihrer Forderung, das Bausparkassengesetz aus dem Jahre 1991 zu ändern, beißt die Branche bei der Politik auf Granit.

Petin: Sie haben richtig erwähnt, dass das Gesetz aus dem Jahr 1991 stammt. Damals hatten wir eine Umlaufrendite von sieben Prozent; heute liegt sie zwischen null und einem Prozent. Die Situation für die Branche hat sich grundlegend verändert: 1990 hatten wir 57 Prozent Bauspardarlehen auf der Aktivseite unserer Bilanzen. Inzwischen machen sie nur noch zwischen zehn und 15 Prozent aus, weil die zuteilungsreifen Darlehen nicht abgerufen werden. Für etwaige Ersatzgeschäfte ist aber das Korsett, das das Bausparkassengesetz vorgibt, zu eng.

Ein Beispiel?

Petin: Durch die EZB-Politik schnurrt die Zinsmarge zusammen, parallel steigt der regulatorische Aufwand, erhöhen sich die Eigenkapitalanforderungen. Hätten wir zum Beispiel bei dem schon heute bestehenden sogenannten Fonds zur baupartechnischen Absicherung mehr Flexibilität in seiner Verwendung als Risikopuffer, würde das helfen. Auch würde ein erweitertes Anlagespektrum über den Erwerb von Anleihen hinaus für einen Risikoausgleich sorgen.

Wie groß ist der Handlungsdruck?



REPRÄSENTIERT DIE „GROSSEN VIER“: Jochen Petin ist Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Baden-Württembergischer Bausparkassen. Deren Mitglieder kommen auf 50 Prozent Anteil am deutschen Markt. Foto: jodo

Hintergrund

Arge Bausparkassen

Zur Arbeitsgemeinschaft Baden-Württembergischer Bausparkassen (Arge) gehören die Deutsche Bausparkasse Badenia (Karlsruhe), die Landesbausparkasse Baden-Württemberg (Stuttgart/

Karlsruhe), die Bausparkasse Schwäbisch Hall sowie Wüstenrot (Stuttgart).

Diese großen Vier aus Baden-Württemberg haben bei Neugeschäft und Kundenzahl bundesweit einen Marktanteil von rund 50 Prozent. Eine Aufgabe der Arbeitsgemeinschaft ist der Dialog mit der Politik. Im Südwesten kommen auf 1 000 Einwohner rund 400 Bausparverträge – das ist ein bundesweiter Rekord. nbr

EZB-Politik nimmt die Sparkultur in Deutschland Schaden, und das ist mittelfristig ein noch viel größeres Problem.

Sie fordern andere Anlagemöglichkeiten für Bausparkassen.

Petin: Es muss bei einer sicheren Kapitalanlage bleiben, da lassen wir uns auch gerne kontrollieren. Bislang geht das aber nur auf Eurobasis und nur bei einfachen Rentenpapieren. Anlage-Alternativen in Non-Euro-Anleihen, in

Wandelanleihen und eine Aktienquote von geringem Ausmaß wären hingegen sehr hilfreich.

Die erwünschte neue Anlagepolitik ist aber nicht alles. Die Branche will wie Hypothekenbanken Pfandbriefe begeben dürfen, sie will aus Bauspareinlagen Baukredite finanzieren, die nicht wie bisher mit Bausparverträgen hinterlegt sind...

Petin: ...ja, all dies wäre in Zeiten der anhaltenden Nullzinspolitik hilfreich...

...der Bumerang der EZB fliegt also bereits zurück.

Petin: So ist es, aber eben nicht in unsere Hände.

Themenwechsel: Der Immobilienmarkt ist leer gefegt, gerade in baden-württembergischen Großstädten. Muss die Politik dort mehr Bauland ausweisen?

Petin: Tatsache ist, dass viel zu wenig gebaut wird. Nach einer im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft erstellten Studie bräuchten wir pro Jahr 60 000 zusätzliche Wohneinheiten – es werden aber nur 30 000 gebaut. In Karlsruhe bräuchte man 3 000, so viele entstehen aber auch dort nicht neu.

Also Bauland ausweisen?

Petin: Es kommt sicherlich auf den Einzelfall an. In einer florierenden Metropole ist die Situation eine andere, als auf dem flachen Land. Wir wissen nicht besser als die Politik, was man tun sollte. Richtig ist aber beispielsweise auch, dass die Vorgaben zur Energieeffizienz zu steigenden Kosten führen.

Wofür es aber Zuschüsse etwa von der staatlichen KfW-Bankengruppe gibt.

Petin: Ja, das sehe ich aber als problematisch an, weil das einer Wettbewerbsverzerrung zu Lasten der privaten Banken gleichkommt. Direkte staatliche Zuschüsse für die Haushalte oder Steuererleichterungen gibt es immer weniger.

Apropos Modernisierungen – der Trend wirkt sich auch auf die Bausparkassen aus.

Petin: Das stimmt. Heute werden die Bausparmittel zu zwei Drittel für Modernisierungen und Sanierungen eingesetzt und nur noch zu einem Drittel für den Kauf von Immobilien oder zur Umschuldung. Das ist eine ganz andere Situation, als noch vor ein paar Jahren. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Bausparer für energetische Sanierungen investiert, ist übrigens doppelt so hoch, wie bei Eigentümern ohne Bausparvertrag. Da ist der Bausparvertrag ein echter Katalysator für das politisch und gesellschaftlich gewollte Interesse am Energiesparen.

Teures Qualmen

Der Staat verdient wieder mehr Geld an Rauchern

Wiesbaden (dpa). Deutschlands Raucher haben dem Staat im ersten Quartal 2015 mehr Steuereinnahmen eingebracht als ein Jahr zuvor. Insgesamt wurden von Januar bis Ende März Tabakwaren im Verkaufswert von 5,2 Milliarden Euro versteuert, wie das Statistische Bundesamt gestern in Wiesbaden mitteilte. Das waren 161 Millionen Euro oder 3,2 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Die versteuerten Tabakwaren spülten knapp drei Milliarden Euro in die Staatskasse, der Rest ging etwa an die Tabakindustrie oder die Händler.

Vor allem Zigaretten waren bei Rauchern beliebt: Mit 16,1 Milliarden Stück wurden

0,4 Prozent mehr Glimmstängel verkauft als 2014. Der versteuerte Verkaufswert stieg auch infolge der Erhöhung der Tabaksteuer mit plus 3,2 Pro-

zent auf 4,2 Milliarden Euro deutlich kräftiger. Laut der Behörde wuchs auch die Menge des versteuerten Feinschnitt-Tabaks zum Selberdrehen um 1,2 Prozent. Die Zahlen ergeben sich aus den Bestellungen von Steuerzeichen für Packungen. Die Statistik gibt also nicht den tatsächlichen Tabakkonsum wieder.

Bei versteuerten Zigaretten und Zigarrillos schrumpfte der Absatz fast um die Hälfte (minus 42,1 Prozent). Diesen starken Rückgang begründeten die Statistiker mit einer Änderung der EU-Tabakrichtlinie: Seit Januar müssen Eco-Zigaretten, deren Deckblatt aus verarbeitetem Tabak besteht, als Zigaretten versteuert werden.



DER STAAT MACHT SEINEN SCHNITT: Knapp drei Milliarden Euro hat der Fiskus im ersten Quartal durch den Verkauf von Tabakwaren eingenommen. Foto: dpa

Mega-Debakel für BMW mit dem Mini

München (dpa). Der Münchner Autobauer BMW muss erneut Autos in den USA zurückrufen. Wegen eines möglichen Fehlers am Airbag müssen 91 800 Mini Cooper in den USA in Werkstätten beordert werden. Ein

Problem mit Sensoren am Vordersitz könne verhindern, dass der Airbag bei einem Unfall richtig funktioniert, wie es in einer aktuellen Mitteilung der US-Verkehrsbehörde NHTSA heißt. Der Airbag werde unter Umständen deaktiviert, obwohl jemand auf dem Sitz Platz genommen hat. Das System sei nur in den USA und Kanada verbaut worden, so ein BMW-Sprecher.

Computer-Problem in Arbeitsagenturen

Nürnberg (dpa). Technische Probleme im zentralen IT-Netz der Bundesagentur für Arbeit (BA) haben gestern Arbeitsagenturen und Jobcenter in ganz Deutschland lahmgelegt. „Die Kolleginnen und Kollegen in allen Dienststellen haben keinen Zugriff auf die Software, die zentral läuft“, bestätigte eine Sprecherin der Behörde. So könnten die Berater keine Stellanzeigen abrufen und daher auch keine Vermittlungsvorschläge machen. „Wir arbeiten mit Hochdruck an der Behebung der Störung“, sagte die Sprecherin – ein Ende war aber zunächst nicht absehbar. Termine bei Arbeitsagenturen oder Jobcentern sollten dennoch wahrgenommen werden, betonte die Sprecherin. Die Vermittler würden sich die Meldungen in diesen Fällen vorläufig per Hand notieren.

Wiedeking muss vor Gericht

Stuttgart (dpa). Für den früheren Porsche-Chef Wendelin Wiedeking (Foto: dpa) wird es ernst: Der Manager muss sich von Ende Juli an wegen der gescheiterten Übernahme von VW vor Gericht verantworten. Mit ihm auf der Anklagebank sitzt der damalige Finanzvorstand Holger Härter. Die Staatsanwaltschaft hat Anklage gegen Wiedeking und Härter erhoben, weil diese den Finanzmarkt zwischen 2007 und 2009 nicht ausreichend über Porsches Pläne zum VW-Einstieg informiert haben sollen.



W. Wiedeking